

G acht oder G lacht

von

Heiner Flassbeck

Aus Genfer Sicht, WuM, Juli 2003

George W. Bush hat gut lachen. Sein Kurztrip nach Evian am Genfer See hat sich nicht nur wegen des guten Wetters und des schönen Hotels gelohnt. Auch die Tatsache, daß man sich nach den Verstimmungen um Krieg oder Frieden im Rahmen der G-8 wieder die Hände reicht, hilft politisch vor allem ihm und weniger den Kriegsgegnern, die sich redlich mühen müssen, nicht als schlechte Verlierer dazustehen.

Doch auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist George Bush der Einzige in der illustren Runde, der etwas zu lachen hat. Zeichen für einen Aufschwung gibt es derzeit nur in den USA und der schwache US-Dollar ist ein Garant dafür, daß auch die große Bürde der US-Wirtschaft, das gewaltige Leistungsbilanzdefizit gegenüber dem Rest der Welt, allmählich an Gewicht verliert. Bei den anderen dagegen: Fehlanzeige. Japan haben inzwischen alle aufgegeben, weil es unmöglich erscheint, daß das Land trotz Nullzinsen und extrem hoher Staatsverschuldung jemals den Sprung aus der Deflationsfalle schafft. Europa insgesamt steht nach drei Jahren Quasi-Stagnation nicht viel besser da, wenn man von den Großbritannien absieht, wo das Wachstum noch passabel aussieht, weil sich die Konsumenten in immer neue und ungekannte Dimensionen privater Verschuldung vorwagen. Rußland verzeichnet zwar hohe Wachstumsraten, daß die nachhaltig sind, muß aber bezweifelt werden.

Daß Kontinental-Europa und die Europäische Währungsunion nach vielen Willensbekundungen und Absichtserklärungen seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts noch immer wie begossene Pudel dastehen, ist besonders bemerkenswert. Seit dem Ende des amerikanischen Aufschwungs und dem Platzen der Börsenblase war eigentlich klar, daß auf die amerikanische Lokomotive für die Weltwirtschaft kein Verlaß mehr ist und nur Europa in Frage kommt, um diese Rolle zu übernehmen. Europa aber weigert sich schon seit 20 Jahren hartnäckig, auch nur einen Hauch von Koordination oder gar Kooperation in dieser Frage aufkommen zu lassen. Das liegt zum einen an der Europäischen Zentralbank, die ohnehin jede Steuerung der Konjunktur für das reine Teufelswerk hält, und zum anderen an den Regierungen, die seit dem europäischen Gipfel in Lissabon fest daran glauben, mit "Reformen" und strukturellen Operationen Wachstum auch dann initiieren zu können, wenn jeder Ansatz eines konjunkturellen Aufschwungs im Keim erstickt wird.

Nun aber ändert sich die Qualität der Debatte. Der Internationale Währungsfonds hat nämlich eine Deflationsgefahr in ganz Europa ausgemacht und Deutschland gar in eine Hoch-Risiko-Gruppe eingeordnet. Dahinter steht die berechtigte Sorge, ein weiteres Abgleiten der Konjunktur und die fortgesetzte Aufwertung des Euro könne die Inflationsrate, die schon unter einem Prozent liegt, unter Null gleiten lassen. Selbst hartgesottene "Reformer" und "Modernisierer" lassen sich von der Gefahr, in japanische Verhältnisse zu geraten, beeindrucken, auch wenn Regierungen und die Zentralbank mit dem Hinweis auf die aktuell noch positive Rate abwiegeln.

Ein deflationäres Alarmzeichen ersten Ranges in Deutschland ist beispielsweise, daß das Wachstum der Kreditvergabe der Banken schon seit Mitte 2001 praktisch zum Erliegen

gekommen ist. Das wird immerhin von der Mehrzahl der Beobachter zur Kenntnis genommen und analysiert. Doch die eigentliche Problematik der Deflation wird in Deutschland wie in Japan totgeschwiegen. Die ökonomische Theorie gibt sich hilflos und verweist auf geringe Erfahrungen mit dem Phänomen. Warum ist man aber so hilflos? Weil man es mit einem Phänomen zu tun hat, das in den Lehrbüchern zwar vorkommt, aber niemals als Krisenszenario. Genauso wie Inflation und Lohnerhöhung Hand in Hand gehen, sind Deflation und Lohnsenkung eng miteinander verwoben. Während die Ökonomen Lohnerhöhungen beklagen, sind sie bei Lohnsenkung weit weniger kritisch, weil die in ihren Lehrbüchern als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit erwünscht ist, und weil die Senkung der Lohnnebenkosten ganz oben auf der Agenda der Reformer steht. Kostensenkung als Ursache der deflationären Risiken ist daher weitgehend tabu.

Japan ist tatsächlich in der neueren Geschichte das einzige Land, das sinkende Arbeitskosten aufweist. In keinem Land der OECD außer Japan sind nach dem zweiten Weltkrieg die von den Unternehmen ausbezahlten Arbeitsentgelte in zwei aufeinanderfolgenden Jahren absolut gesunken. Selbst ein einmaliges Sinken gab es in nur zwei Fällen, freilich im Zusammenhang hoher Lohnsteigerungen vorher und nachher (Italien und Korea 1998). Nur Japan betreibt seit Mitte der 90er Jahre eine systematische Politik der Lohnsenkung, die vom erfolgsabhängigen Bonussystem der Unternehmen begünstigt wird und 2002 mit einem Rückgang der gesamten Arbeitskosten von über 1 % ihren „Höhepunkt“ erreichte.

Die Lohnstückkosten, die entscheidende Determinante der Inflationsrate, fallen in Japan in nahezu jedem Jahr seit 1996. Deutschland ist von einer solchen Entwicklung nicht akut bedroht, aber auch nicht unbedenklich weit entfernt. Die Arbeitskosten steigen zwar noch mit 1 - 2 %, die Lohnstückkosten, also Löhne minus Produktivität, haben von 1996 bis 2002 nur um 0,5 % jährlich zugenommen.

Das hätte eine Botschaft aus Evian sein können: Länder vom Range Deutschlands oder Japans können weder durch Strukturprogramme einen Aufschwung in Gang setzen, noch können sie sich durch das Senken der Löhne wie einst Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Ein Land an der Grenze zur Deflation muß massiv wirtschaftlich gegensteuern, lange bevor die Preise wirklich fallen. Zudem muß es seine Unternehmen ermutigen, die Löhne wieder so zu erhöhen, wie es unter normalen wirtschaftlichen Umständen angemessen wäre. Nur dann werden die Unternehmen insgesamt wieder Gewinne machen und sich nicht im Kampf gegen den Sumpf der Deflation verzehren. Nichts dergleichen haben wir gehört. Was vom Gipfel bleibt, sind viele zerbrochene Scheiben in der Genfer Innenstadt und das schale Gefühl, George W.'s vorzeitige Abreise könnte auch damit zu tun haben, daß aus amerikanischer Sicht sechs der anderen sieben ohnehin hoffnungslose Fälle sind.